## Mündlicher Bericht

# des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuß)

## zu dem Gesetz über die Gebäudeund Wohnungszählung 1968

— Drucksachen V/1813, V/1934, V/1972, V/2092, V/2168, V/2178, V/2295 —

Berichterstatter im Bundestag: Berichterstatter

Berichterstatter im Bundesrat:

Abgeordneter Dr. Althammer

**Senator Spangenberg** 

### Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 116. Sitzung am 28. Juni 1967 beschlossene Gesetz über die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Wohnungszählungsgesetz 1968) — Drucksachen V/1813, V/1934, V/1972 — wird wie folgt geändert:

Nach § 10 wird folgender § 10 a eingefügt:

"§ 10 a

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz auferlegt werden, eine Finanzzuweisung in Höhe von 0,35 Deutsche Mark je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 31. Dezember 1967 feststellt. Die Finanzzuweisung ist in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. Oktober 1968 und am 1. Oktober 1969 zu zahlen."

Bonn, den 29. November 1967

#### Der Vermittlungsausschuß

Dr. Zinn

Dr. Althammer

Spangenberg

Vorsitzender

Berichterstatter

angenommen in der 138. Plenarsitzung am 30. November 1967